

30.10.2015

## EU-Kommission veröffentlicht konsolidierten Text des SADC-Economic Partnership Agreements

Bonn (gtai) – Die EU-Kommission hat den **konsolidierten Text** ▶ des Economic Partnership Agreements mit 6 Ländern der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (Southern African Development Community – SADC) – Botsuana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika und Swasiland - veröffentlicht.

Das Abkommen, wenn in Kraft bzw. vorläufig angewendet, garantiert Waren aus Botsuana, Lesotho, Mosambik, Namibia und Swasiland einen zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Markt. Für Südafrika sieht das EPA, über die bestehenden Vergünstigungen im Rahmen des Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit (TDCA) hinaus, einen verbesserten Marktzugang in der EU für Wein, Zucker, Fischereiprodukte, Blumen und Obstkonserven vor.

Umgekehrt erhalten EU-Produkte einen verbesserten Marktzugang in die Zollunion des südlichen Afrika, insbesondere für Weizen, Gerste, Käse, Fleischerzeugnisse und Butter. Im Handel mit Mosambik, das nicht zur Zollunion des südlichen Afrika gehört, werden durch das Abkommen verlässliche Grundlagen für den bilateralen Warenhandel geschaffen.

Der verbesserte Marktzugang zwischen EU und den Ländern des SADC EPA ist asymmetrisch gestaltet. Dies bedeutet, dass keines der sechs afrikanischen Länder das EU-Angebot zu 100% kompensieren muss. Vielmehr wird den Ländern weiterhin die Möglichkeit von Einfuhrzöllen bzw. speziellen Schutzmaßnahmen zum Schutz sensibler heimischer Produkte zugestanden.

Im nächsten Schritt muss das Abkommen unterzeichnet und anschließend ratifiziert werden. Die vorläufige Anwendung bestimmter Teile des Abkommens während des Ratifizierungsprozesses ist vorgesehen.

### KONTAKT

Hans-Jürgen Diedrich

☎ +49 228 24 993 345

✉ [Ihre Frage an uns](#)

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.